

Liebe Chemnitzer!



Bild: Michael Klonovsky, Direktkandidat zur Bundestagswahl 2021

Es gibt Menschen, die pünktlich zur Arbeit gehen, Steuern zahlen, Kinder großziehen, gern mal Fleisch essen, Auto fahren und einmal im Jahr in den Urlaub fliegen. Für solche Menschen gibt es schlechte Nachrichten. Dazu empfiehlt sich ein Blick ins Wahlprogramm der Grünen und die Erinnerung, dass die CDU mit den Grünen die nächste Bundesregierung bilden will.

Die CDU ist ein inhaltlich entkernter reiner Machterhaltungsapparat. Um

Hallo Chemnitz,

da sind wir schon wieder. Vielen Dank, dass Sie sich für die 2. Ausgabe unseres Magazins „Courage für Chemnitz“ interessieren.

Eine Frage vornweg: Wie fühlen Sie sich heute? Sie waren in den letzten Tagen im Supermarkt einkaufen. Vielleicht haben Sie auch im Handel ein paar neue Schuhe für den Sommer oder ein kleines Geschenk für die Großeltern besorgt. Und haben ein Feierabendbier mit dem Kollegen getrunken. Wie fühlen Sie sich? Normal? Nichts ist normal. Sie haben Ihre Kontaktdaten hinterlegen müssen. Vollerorts ist weiterhin Maskenzwang.

sich dem Zeitgeist anzupassen, füllt sie ihre innere Leere mit grünen Themen. Wenn Schwarz-Grün mit Ihnen fertig ist, werden Sie deutlich ärmer sein als heute.

Autofahren etwa soll deutlich teurer werden. Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus hat klargestellt, dass auch mit der Union an der Spitze der künftigen Bundesregierung Benzin teurer wird, „jetzt ein bisschen, in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts richtig“. Den „Kampf gegen den Klimawandel“ werde es nicht umsonst geben. Der Benzinpreis wird nach Angaben des Bundesumweltministeriums bis 2026 auf über 2,16 Euro pro Liter steigen. Das ist weniger eine Ausplünderung von Mercedes- oder SUV-Fahrern, sondern eine Kriegserklärung an die Landbevölkerung, an Geringverdienende, Alleinerziehende, Rentner und Pendler.

Steigen werden aber auch die Heizkosten. Zahlen Sie heute für Erdgas 5,5 Cent pro Kilowattstunde, wird es 2026 das Doppelte sein. Wer kein Geld hat, wird wohl frieren müssen. Natürlich werden auch die Steuern steigen.

Sie haben das Pech, in der Automobilindustrie oder bei deren Zulieferern zu arbeiten? Dem Industriezweig, dem gut ein Sechstel aller Deutschen Lohn

Einkaufswagen am Supermarkt sind begrenzt. Ihre Kinder wurden in der Schule getestet.

„Normalität bezeichnet in der Soziologie das Selbstverständliche in einer Gesellschaft, das nicht mehr erklärt und über das nicht mehr entschieden werden muss“ sagt das Online-Lexikon „Wikipedia“.

Muss über diese „neue Normalität“ wirklich nicht mehr entschieden werden? Muss sie wirklich nicht mehr erklärt werden? Die Bundesregierung hat kürzlich die „epidemische Notlage“ - das Instrument der Willkür - bis Ende September verlängert. Und das ganz sicher nicht, weil alles normal ist... Niemand zweifelt an Covid-19. Zweifel an den Maßnahmen, an der

und Brot verdanken? Ab 2030 soll die Neuzulassung von Verbrennern verboten sein. Es handelt es sich dabei um nichts anderes als ein Programm für politisch verordnete Massenarbeitslosigkeit.

Die EU will bis 2030 eine Billion Euro in den sogenannten „Green Deal“ stecken. Nun hat die EU zusätzlich einen „Covid-19-Recovery-Fund“ in Höhe von 750 Milliarden Euro aufgelegt. 80 Prozent davon werden nicht für die Coronafolgen ausgegeben, sondern für ideologische Projekte. Deutschland haftet für mindestens 202,5 Milliarden. Die Staatsschulden von heute sind Ihre Steuern von morgen. Union und Grüne wollen die europäische Fiskalunion – sprich: die Schuldenunion. Bald wird die EU selber Steuern erheben. Bald ist dieser Verfassungsputsch Realität.

Sie haben es in der Hand, ob Freiheit oder Sozialismus sich durchsetzen werden, indem Sie die Kräfte unterstützen, die sich dem Öko-Wahn entgegenstellen.

Die anderen Parteien wollen nur Ihr Geld. Ich will, dass Sie es behalten.

www.courage-fuer-chemnitz.de



„neuen Normalität“ - Original-Ton Olaf Scholz (SPD) und Jens Spahn (CDU) - sind aber weiterhin Pflicht. Bitte bleiben Sie normal. Normal, so wie wir es kennen: Seien Sie ein freier Mensch, denken Sie selber. Und leben Sie mit uns dieses Land so, wie wir es mal kannten und wieder wünschen: Deutschland, aber normal.



Ronny Licht
verantwortlicher
Redakteur



Arbeitsnachweis: Meine Woche im Bundestag

Liebe Leser,
wenn man sich die Debatten im deutschen Bundestag anschaut, fragt man sich beim Anblick der meist nur wenigen anwesenden Abgeordneten unweigerlich: Arbeiten unsere Volksvertreter eigentlich? Diese Frage wird mir oft gestellt. Deshalb möchte ich Ihnen kurz über meinen Tagesablauf in der Kalenderwoche 23 im Bundestag berichten.

Der Montag beginnt mit der 172. Sitzung des Gesundheitsausschusses um 9:30 Uhr. Es schließen sich drei weitere Ausschüsse an. Nachmittags tagt der Arbeitskreis Gesundheit unserer Fraktion. In diesem erfahre ich, dass ich am Freitag zum Gesundheitsversorgungsentwicklungsgesetz GVVWG (was für ein Wort) zu sprechen habe. Der Abend endet 20:30 Uhr mit der Sitzung der Landesgruppe Sachsen.

Dienstagfrüh ist Besprechung der AfD-Mitglieder im Unterausschuss Pandemie. Wir bereiten die nächste öffentliche Anhörung mit Sachverständigen vor. Am Mittag bespricht sich der Arbeitskreis „Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ und bereitet die Ausschusssitzung am Mittwoch vor. Am Nachmittag treffen sich alle AfD-Abgeordneten zur Fraktionssitzung. Den Abend beschließen einige Kollegen im Biergarten der Parlamentarischen Gesellschaft.

Der Mittwoch beginnt 9 Uhr mit den



„Nur“ 16 statt geplanter 22 Stunden: Ulrich Oehme (2.v.l.) hat endlich Feierabend.

Ausschusssitzungen. Es folgt das Plenum um 12 Uhr, am Nachmittag bin ich im Gesundheitsausschuss, 20 Uhr ist Feierabend.

Der Donnerstag ist immer ein langer Tag. Das Plenum beginnt 9 Uhr. Heute ist es besonders lang angesetzt: Laut Plan soll es 22 Stunden später kurz vor 7 Uhr früh enden. Am Beginn steht wieder einmal die Wahl meines Kollegen Harald Weyel als stellvertretender Parlamentspräsident und anderer Kollegen in wichtige Gremien an. Ergebnis: Nicht einer unserer Kandidaten wurde gewählt. Außerdem sind heute noch drei namentliche Abstimmungen. Im Plenum ist der Tagesordnungspunkt „51 b) bis vvvv“ – das sind insgesamt 90 Abstimmungen - zu Anträgen und Gesetzen vorgesehen. Außerdem sind drei namentliche Ab-

stimmungen angesetzt, an denen man teilnehmen muss. Für mich kommt noch die öffentliche Sitzung des Unterausschusses „Pandemie“ dazu. Da viele Reden in der Nacht zu Protokoll gegeben werden – man verzichtet auf den Vortrag - sind wir „schon“ um 1 Uhr mit dem Plenum fertig.

Weiter geht's dort am Freitag um 9 Uhr. Erst finden zwei namentliche Abstimmungen statt, dann halte ich meine Rede. 17 Uhr ist es vollbracht - Feierabend. Bilanz: In dieser Woche haben wir im Bundestag über 206 Anträge, 33 Gesetze und drei Verordnungen debattiert und abgestimmt.

Fleißige Grüße, Ihr Ulrich Oehme

www.ulrich-oehme.de



Verkaufsoffene Sonntage: AfD will dem Handel helfen

Verkaufsoffene Sonntage sind für viele Sachsen eine beliebte Angewohnheit, um mit der Familie ganz in Ruhe bum-



Verkaufsoffene Sonntage sollen flexibler möglich sein. Dafür kämpfen Dr. Volker Dringenberg und die Fraktion im Sächsischen Landtag.

meln zu gehen. Aber auch die Händler brauchen diese Tage, nach Corona umso mehr. Vier dieser Öffnungstage sind in Sachsen erlaubt. Doch um die Termine festzulegen, müssen die Kommunen hohe Hürden überwinden. Das wollen wir mit unserer Fraktion im Sächsischen Landtag ändern.

Mein geschätzter Kollege Frank Peschel vernetzte sich mit dem Handelsverband und entwickelte einen Beschlussantrag, welcher in den nächsten Wochen abgestimmt werden soll. Zur Erklärung: Für einen verkaufsoffenen Sonntag benötigt eine Kommune einen „besonderen

Anlass“. Das können Stadtfeste oder die „erzgebirgische Adventszeit“ sein. Das zu definieren und diesen Anlass zu finden, ist aber viel zu kompliziert. Deswegen soll die Bedingung in „öffentliches Interesse“ umgewandelt werden. Unser Ziel: Bürokratie abbauen, durch niedrige Hürden Planungssicherheit für die Händler herstellen. Und: Es soll trotzdem aus Rücksicht auf das Verkaufspersonal bei vier Sonntagen im Jahr bleiben.

Ihr Dr. Volker Dringenberg

www.afd-fraktion-sachsen.de



Sommer-Tour der Fraktion: Stadträte im Dialog vor Ort

RATSFRAKTION in der Stadt Chemnitz



Dass gewählte Volksvertreter keine Phantome sein müssen, zeigt unsere Stadtrats-Fraktion. Bereits zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen ging es auf die Straße, wurde der direkte Kontakt mit den Chemnitzern gesucht.

Ein Thema, welches die Menschen im Chemnitzer Westen bewegt, sind die Ausbaupläne der CVAG für eine verlängerte Straßenbahnstrecke bis nach Reichenbrand. Historisch gab es diese Strecke schonmal. Jetzt soll dafür die Zwickauer Straße komplett umgebaut werden. Die Fraktion hatte die betroffenen Anwohner nach Schönau eingeladen und konnte dabei ein interessantes Stimmungsbild einfangen.

Ein weiterer Punkt wurde ebenfalls viel diskutiert: Der Ausbau des Südverbunds. Dieser steht auf der Kippe, im grünen Baudezernat im Rathaus stehen die Zeichen klar auf Baustopp. Betroffen sind die Abschnitte III und V, die Verlängerung im Chemnitzer



Beim Bürgerdialog in Borna sprachen unsere Stadträte mit den Anwohnern zur ALDI-Problematik. Foto: AfD

Westen von der Neefestraße aus bis zur Kalkstraße. Viele Autofahrer wünschen sich den Ausbau, welcher auch die umliegenden Wohngebiete entlasten würde. Doch die Meinung der Menschen verhallt im Rathaus bisher ungehört. So wurden bereits auf dem geplanten Ausbaugelände junge Bäume gepflanzt – die Ausbaueegner in der Stadtverwaltung haben schonmal

Fakten geschaffen. Auch dagegen regt sich im Chemnitzer Westen viel Protest.

Dr. Volker Dringenberg, Fraktionsvorsitzender: „Wir vertreten im Stadtrat die Interessen der Bürger, nicht unsere persönlichen Empfindungen. Daher bevorzugen wir den direkten Dialog. Bereits in Borna-Heinersdorf erhielten wir bei unserer ersten Veranstaltung dieser Art tolle Resonanzen, führten wertvolle Gespräche und konnten wichtige Anregungen in unsere Stadtrats-Arbeit mitnehmen.“

Der angesprochenen Termin in Borna-Heinersdorf drehte sich vor allem um den geplanten Neubau eines ALDI-Marktes. Im Ortsteil ein sensibles, emotionales Thema – das wurde in den vielen Bürgergesprächen schnell klar. Das Stimmungsbild war nach drei Stunden eindeutig: Für die Anwohner sind die vorhandenen Märkte ausreichend. Das ergab auch eine von der AfD bereitgestellte Online-Umfrage, an welcher mehr als jeder dritte Haushalt im Ort teilnahm. Von 2.730 Haushalten stimmten 1.002 ab. Das Ergebnis: 93 Prozent sprachen sich gegen den Neubau aus.

Nico Köhler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender: „Das Votum der Anwohner ist klar und deutlich. Diese Meinung nehmen wir ins Rathaus mit. Die nächsten öffentlichen Fraktionssitzungen sind bereits in Planung und werden rechtzeitig bekanntgegeben.“



Die emotionalen Themen Südring und Neubau der Straßenbahn waren bei der öffentlichen Fraktionssitzung in Schönau die großen Diskussionspunkte. Foto: AfD



Unser Programm zur Bundestagswahl (Teil 1)

An dieser Stelle wollen wir bis zum September einen kleinen Einblick in das Programm der AfD für die Bundestagswahl am 26. September 2021 geben. In ausführlicher Form findet man alle Punkte, welche in 11 Kapiteln auf 105 Seiten formuliert sind, unter

www.afd.de/wahlprogramm



Familienpolitik

Die Familie ist für die AfD ein zentraler Punkt. Daher sollen Familien gestärkt und gefördert werden. Dazu gehört eine Willkommenskultur für Kinder ebenso wie eine verantwortungsvolle Kinderbetreuung. Familien müssen leistungsfähig bleiben, das Land grundsätzlich kinderfreundlicher gestaltet werden. Im Wahlprogramm



heißt es konkret: Die AfD bekennt sich zur Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie besteht aus Vater, Mutter und Kindern. Familie bedeutet Sicherheit, Obhut, Heimat, Liebe und Glück. Dieses Werte- und Bezugssystem wird von Generation zu Generation weitergegeben. Von linksgrüner Seite jedoch wird die Institution Familie aus ideologischer Motivation heraus diskreditiert, um sie durch andere Leitbilder zu ersetzen. Wir fordern dagegen die Wiederherstellung des grundgesetzlich garantierten, besonderen Schutzes der Familie.

Arbeits- und Sozialpolitik

Die Arbeitswelt und die Sozialpolitik in unserem Land bedürfen einer grundsätzlichen Erneuerung. Daher fordert die AfD in ihrem Programm unter anderem die Zuwanderung von EU-Ausländern in unsere Sozialsysteme zu begrenzen, Sozialleistungen auf ausländische Konten zu verbieten und die nationale Gesetzgebungshoheit im Sozialrecht zu verteidigen. Weiterhin setzt sich die AfD für Arbeitnehmer ein: So soll Lohndumping in der Leiharbeit verhindert werden, der Mindestlohn soll bleiben, das Arbeitslosengeld 1 sowie das Arbeitsrecht einfacher gestaltet werden. Die Arbeitslosenversicherung muss reformiert werden.

Ein wichtiger Punkt hierbei: Die AfD will eine „Aktivierende Grundsicherung“ als Alternative zum Arbeitslosengeld II (sogenanntes „Hartz IV“). Das erzielte Einkommen soll nicht wie bisher vollständig mit dem Unterstützungsbetrag verrechnet werden. Stattdessen verbleibt dem Erwerbstätigen stets ein spürbarer Anteil des eigenen Verdienstes. Dadurch entstehen Arbeitsanreize. Wer arbeitet, wird auf jeden Fall mehr Geld zur Verfügung haben als derjenige, der nicht arbeitet, aber arbeitsfähig ist (Lohnabstandsgebot).

Ebenso soll der Kampf gegen die Schwarzarbeit verstärkt werden. Im Berufsleben sollen weiterhin mehr Arbeitsplätze mit fairer Entlohnung für schwerbehinderte Menschen geschaffen werden. Klar ist auch: Wir müssen den Mittelstand stärken und den Unternehmern bürokratische Hürden nehmen.

Innere Sicherheit

Nur ein sicheres Land ist ein gutes Land. Die AfD setzt sich für ein sicheres Deutschland ein. Dafür gibt es konkrete Eckpunkte: Ausländerkriminalität muss ebenso wie linke Gewalt entschieden bekämpft werden. Zunehmende Straßengewalt, Terror und Kriminalität sind keine Naturereignisse, die man kritiklos hinnehmen muss. Sie sind menschengemacht und haben



Ursachen, die man bekämpfen kann. Genau das wollen wir tun. Hierfür soll die Bundespolizei gestärkt werden, um als nationale Aufgabe den Grenzschutz zu verbessern. Die Polizei muss bessere Fahndungsmöglichkeiten bekommen. Die AfD fordert für Polizei, Soldaten und Rettungsdienste eine bundeseinheitliche Besoldung und angemessene Vergütungen mit Gefährdungszulagen sowie weitere Zulagen für Überstunden und Sondereinsätze. Ferner fordern wir angemessene Bewaffnung und Ausrüstung, unter anderem Körperkameras.

Kriminelle Ausländer müssen schnellstens ausgewiesen werden. Wir fordern daher die Erleichterung der Ausweisung, insbesondere die Wiedereinführung der zwingenden Ausweisung auch schon bei geringfügiger Kriminalität, die Ausweisung bereits durch die Strafgerichte, die Ermöglichung der Unterbringung nicht abgeschobener Krimineller im Ausland sowie die Schaffung der Möglichkeit, Gefährder, insbesondere Terroristen, so lange in Haft zu nehmen, wie sie im Inland sind und von ihnen eine erhebliche Gefahr für die Allgemeinheit ausgeht

Auch die Justiz bedarf einer Reform: Im Einzelnen wollen wir die Verfahren beschleunigen und dafür die noch aus dem 19. Jahrhundert stammende Prozessordnung modernisieren, mehr

Personal für das Justizwesen einstellen, Schwere Kriminalität durch Erleichterung der Inhaftnahme wirkungsvoller bekämpfen, weniger Strafen zur Bewährung aussetzen und das Mindeststrafmaß bei „Messerdelikten“ erhöhen.

Demokratie und Rechtsstaat

Ein Grundsatz muss gewahrt werden: Das Volk ist der Souverän. Deshalb halten wir die unmittelbare Demokratie für ein unverzichtbares Mittel, um dem autoritären und teilweise totalitä-

ren Gebaren der Regierungspolitiker Einhalt zu gebieten. Die AfD setzt sich für mehr Mitbestimmung ein, so sollen vor allem Volksabstimmungen nach dem Schweizer Modell eingeführt werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Entpolitisierung der Justiz. Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten beenden. Auch wollen wir die Praxis ändern, dass die Staatsanwaltschaft weisungsgebunden und im Einzelfall dem Jus-

tizminister berichtspflichtig ist. Die Unabhängigkeit der dritten Gewalt muss durch eine Selbstverwaltung der Justiz ausgebaut werden, wie es in vielen anderen europäischen Ländern bereits üblich ist. Ebenso muss der Verfassungsschutz reformiert werden. Reformiert werden soll auch der politische Alltag. Das bedeutet vor allem: Die Parlamente müssen verkleinert werden. Für Politiker sollen Mandats- und Amtszeiten begrenzt werden, um „Berufspolitikertum“ zu verhindern. Ebenso fordert die AfD strengere Lobbyismus-Regeln.



**Ich liebe
die Nacht.**

**Aber nicht den
Nachhauseweg.**

Für sichere Städte.

Atomausstieg: Der große Fehler auf dem Strommarkt

Atomkraft? Ja, bitte. Nur Deutschland steigt aus. Sechs Kraftwerke laufen aus, dann ist Schluss mit der sauberen Technologie. Wie falsch dieser Weg ist, zeigt ein Blick zu unseren Nachbarn.

Europaweit sind derzeit 73 Kernkraftwerke in 17 Ländern in Betrieb. Das bedeutet 183 Reaktorblöcke, in acht Ländern werden bereits 14 neue Blöcke gebaut. Die Niederlande unterwarfen sich auch der grünen Knute. Weil sie ihre Neutralitäts-Ziele mit grünen Techniken bei weitem nicht erreichen werden, planen die Holländer bereits den Bau neuer Atomkraftwer-



ke. Wird in Deutschland hingegen der Strom knapp, kaufen die Unternehmen mal eben in Frankreich ein – lupenreinen Atomstrom.

Auch die Schweizer sind cleverer: Bei einer Volksabstimmung wurde am 13. Juni 2021 das geplante Klimaschutzgesetz abgelehnt, die Eidgenossen

vertrauen ihren fünf Atomkraftwerken und bisher bewährten Technologien. Der Weg ist klar: Wer klimaneutraler werden will, kommt ohne Atomkraft nicht aus. Daher hat auch die Landtagsfraktion der AfD in Dresden die Rückkehr und den Ausbau zur Kernkraft in Sachsen gefordert.

CO2-Steuer & Co.: So teuer ist der grüne Umwelt-Wahnsinn

Der Einfluss der Grünen auf die Entscheidungen der Bundesregierung wird immer spürbarer: Völlig rückgratlos lässt sich die Große Koalition von einer grünen Träumerei in die nächste treiben. Dabei verpasst diese Regierung aber vor allem eins: Tatsächliche Probleme zu erkennen. Und vor allem

bezahlbare Lösungen zu liefern. Denn die völlig verblendeten Öko-Sozialisten wollen ihre Ideologie durchsetzen, koste es, was es wolle – bezahlen muss es ja sowieso der normale Bürger. Stichwort CO2-Steuer, Stichwort EEG-Umlage. Was sind die Auswirkungen? Höhere Strompreise, teures

Benzin, steigende Preise beim Gas – die grüne Politik kann sich am Ende nur ein kleiner Teil der Bevölkerung leisten. Oder kennen Sie eine Krankenschwester, die täglich pendelt und jetzt spontan ein Elektro-Auto kaufen kann?

Schauen wir auf einige Eckpunkte.

- ➔ Im Jahr 2020 gab es in Deutschland knapp fünf Millionen angedrohte Stromsperrungen – für immer mehr Menschen wird der Strom unbezahlbar. Beim Gas waren es rund eine Million Sperrandrohungen.
- ➔ Die CO2-Umlage sorgt für steigende Spritpreise. Bezahlte man 2020 noch 1,44 Euro pro Liter Superbenzin werden es 2026 bereits 2,16 Euro sein.
- ➔ Die Preise für Strom, Gas und Heizöl werden sich bis 2026 verdoppeln.

Die AfD setzt sich für eine umweltbewusste, aber bezahlbare Energiepolitik ein. Diese ist aber nicht über Strafabgaben wie die CO2-Steuer zu erreichen. Stattdessen fordern wir, ergebnisoffene Diskussionen über neue Wege. Die Bevorzugung und Förde-

rung einer Wasserstoffwirtschaft lehnen wir ebenso ab wie die einseitige Förderung der Elektromobilität. Technikoffenheit gilt auch für die Nutzung von Wasserstoff und Elektromobilität. Beide erfordern ein ökologisch, energetisch und ökonomisch unsin-

niges paralleles Infrastruktursystem. Noch mehr zu den Forderungen, Lösungsansätzen und Zukunfts-Ideen der AfD rund um das Thema Umwelt finden Sie unter

www.afd.de/umwelt



Kreisverband hat neuen Vize-Chef



Stefan Pahlitzsch ist neuer Vize-Chef im Kreisverband. Er wurde beim Kreisparteitag in Klaffenbach gewählt. Fotomontage: AfD

Im schönen Saal des „Krystallpalasts“ in Klaffenbach fand der Kreisparteitag des Chemnitzer Kreisverbandes der AfD statt. Haupttagesordnungspunkt war die Wahl eines neuen zweiten Vorsitzenden. Nach dem Ausscheiden von Sven Bader, der dieses Amt

bis vor wenigen Wochen bekleidete, wählten die Mitglieder mit großer Zustimmung Stefan Pahlitzsch auf diese Position. Der Chemnitzer hatte sich bereits vorher im Vorstand des Kreisverbands engagiert.

Viele Mitglieder bekamen an diesem Tag erstmals den neuen Wahlkampf-Bus des Kreisverbands zu sehen. Der Bus fährt derzeit fast täglich durch Chemnitz. Auf dem Anhänger werden wechselnde Slogans präsentiert, welche unser Direktkandidat Michael Klonovsky entwickelt hat.

Der Schriftsteller und Redenschreiber des Ehrenvorsitzenden der AfD, Alexander Gauland, war im November 2020 zum Direktkandidaten ernannt worden. Mit einer flammenden Rede schwor er beim Parteitag die Mitglieder auf den kommenden Wahlkampf ein.

www.afd-chemnitz.de



Wahlkampf – so können Sie uns helfen

Deutschland. Aber normal.

Wahlkampf heißt Gesicht zeigen: Auf der Straße, am Infostand, im persönlichen Gespräch, im Internet. Wir suchen daher Wähler und Sympathisanten der AfD, uns in den kommenden Wochen bis zur Bundestagswahl am 26. September 2021 zu unterstützen. Der einfachste Weg sind Spenden. Sie können das Geld direkt in die Wahlkampfkasse einzahlen, Sie können aber auch mit einer Plakatspende weitere Großplakate in der Öffentlichkeit ermöglichen. Interessiert sind wir auch an Grundstücksbesitzern, welche uns ihren Vorgarten für Wahlplakate zur Verfügung stellen.

Eine weitere Aktion, welche in Chemnitz umgesetzt werden soll, heißt „Gesicht zeigen für die AfD“. Wir möchten den Menschen zeigen, dass wir und unsere Wähler völlig normale Bürger sind. Unsere Wählerstruktur ist ein Querschnitt der Gesellschaft – diese Erkenntnis soll mit kleinen Kurz-Interviews unterstrichen werden.

Melden Sie sich einfach bei uns – die Kontaktdaten gibt es auf der Homepage des Kreisverbands.

www.afd-chemnitz.de

Impressum/Links

Herausgeber:
Alternative für Deutschland
Kreisverband Chemnitz

verantwortlicher Redakteur:
Ronny Licht

Theaterstr. 15
09111 Chemnitz
Tel.: 0371/666 26 629
✉ geschaeftsstelle@afdchemnitz.de

Weiterführende Links:

🌐 www.afd-chemnitz.de
(Kreisverband)
🌐 www.afdfraktionchemnitz.de
(Stadtrat)
🌐 www.afd-fraktion-sachsen.de
(Landtag)
📷 [@ja.chemnitz.erzgebirge](https://www.instagram.com/ja.chemnitz.erzgebirge)
(Instagram JA)

► Termine Juni/Juli

Sitzungen Stadtrat:
30.06.2021
21.07.2021

Telefon-Sprechstunde
mit den Stadträten
Jeden Montag,
17.30 – 19 Uhr
Tel.: 0371/488-1317

► Sie denken, was wir denken?

Dann unterstützen Sie unsere Arbeit doch mit einer Spende. Spenden können Sie hier:

Alternative für Deutschland –
Kreisverband Chemnitz
Konto-Nummer: 0710 0345 39
BLZ 8705 0000
IBAN: DE25 8705 0000 0710
0345 39
BIC/SWIFT: CHEKDE81XXX
Sparkasse Chemnitz
Betreff: BTW2021 + Name/
Adressdaten
(für die Spendenquittung)

► Unterstützung

Interesse an einer Mitgliedschaft? Dann füllen Sie einfach online Ihren Mitgliedsantrag unter www.afd-chemnitz.de (Rubrik: Unterstützen) aus.

www.afd-chemnitz.de



Das Wetter

Reden wir mal übers Wetter, jetzt, wo der Frühling endlich begonnen hat. Im letzten Winter gab es Schnee in Lissabon und Rom, Kälterekorde Spanien, in Sibirien und den Südstaaten der USA. April und Mai in unseren Breiten waren die kältesten seit Jahrzehnten. Man hätte glatt auf den Gedanken kommen können, dass die „Internationale der Kältebedürftigen“ im Kampf gegen die globale Erwärmung einen ersten Sieg errungen hat. Das war genau der richtige Moment für unsere Regierung, die sogenannten Klimaschutzziele für Deutschland deutlich zu erhöhen. (Es versteht sich von selbst, dass die Maßnahmen in ausreichend beheizten Büros beschlossen wurden.) Es gehört hierzulande zur Staatsräson, Kälteeinbrüche, mögen sie noch so global sein, als temporäre, rein zufällige Wetterphänomene einzuordnen. Wenn wir schon frieren, dann bitte mit politisch korrekter Haltung.

Ganz anders sieht die Sache im Hochsommer aus. Sollte irgendwo in Süddeutschland auf irgendeinem frisch asphaltierten Parkplatz direkt vor der Betonwand eines Einkaufszentrums eine neue Höchsttemperatur seit drei oder sogar fünf Jahren gemessen werden, dann ist die Bewertung der beängstigenden Lage klar: Die globale Erwärmung wird in diesem Fall wieder einmal ihre lebensgefährliche Fratze gezeigt haben und ein paar Sondersendungen im TV werden fällig.

„thomy“/Thomas Heinsch

Das macht die AfD-Jugend

Auch in der „Jungen Alternative“ geht es voran. Nach dem Bundeskongress (Zusammenkunft aller Mitglieder der AfD-Jugendorganisation) in Volkmarshausen nimmt die politische Arbeit der JA Deutschland wieder an Fahrt auf. Ein neuer Bundesvorstand wurde gewählt, in dem auch unser Chemnitzer Vorsitzender Sören Schwarzer als Beisitzer mitwirkt. Beim Landtagswahlkampf in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg sowie beim Listenparteitag der AfD Brandenburg konnten die Kandidaten auf die Unterstützung von jungen AfDlern aus ganz Deutschland zählen.

Neben den bundesweiten Aktionen sind wir Chemnitzer auch vor Ort aktiv. Jeden Monat finden zwei Infostände vor Schulen oder an öffentlichen Plätzen statt, an denen wir mit interessierten Passanten und Schülern

ins Gespräch kommen. Dazu wirft die Bundestagswahl ihre Schatten voraus. Sowohl beim Flyern, Plakate anbrin-



gen als auch auf den zahlreichen Kundgebungen, Demonstrationen und Veranstaltungen ist die Junge Alternative präsent und zeigt, dass die AfD als ostdeutsche Volkspartei Politik für alle Altersgruppen macht.

Über Instagram (@ja.chemnitz.ergzgebirge), Twitter (@JA_ChemnitzErz), Facebook oder www.ja-sachsen.de bleiben Unterstützer und Sympathisanten über Aktionen wie den anstehenden Kennenlern-Wandertag im Juli informiert. Für Interessenten aus Chemnitz und dem Erzgebirge eignet sich dieses lockere Beisammensein mit anschließendem Grillen als unverbindliche Möglichkeit, andere patriotische Jugendliche kennenzulernen (Anmeldung und nähere Infos auf Anfrage).

